Dienstag, 15. November 1921 · 69. Jahrgang Nr. 526

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 30 Pf.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Ulk

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Montags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M 2.30 wöchentlich, M. 10.— monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug: monatlich M. 10.— und vierteljährlich M. 30.— ausschließlich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M 6.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 2.— die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 2.—. Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion und Haupt-Expedition nachstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion und Haupt-Expedition SW., Jerusalemer Straße 10—49. Fernsprecher Zentrum Nr. 1031—1044; für den Fernverkehr Nr. 1467—1470. Telegramm-Adresse: „Vanzei", Berlin. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67—68, Wiener Straße 1—4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 246, Große Frankfurter Straße 121, Gratzstraße Straße 107, Kochbannstraße 9, Schönhauser Allee 161, schiffbauerdamm 4.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 138, Badstr. 61, Königstr. 56—57, Rosenthaler Straße 62, Rathenower Str. 8, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 58, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 90, Hilscherstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 8, Kantstr. 34, Scharrenstr. 29, Hirsch. Str. 25—26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12, Pankow: Breite Straße 47, Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schnelldienst

Die Fraktionsvorsitzenden der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben den Oberbürgermeister gebeten, beim Arbeitsminister sofort eine Erhöhung der Bezüge der Erwerbslosen zu beantragen.

Der Deutsch-demokratische Parteitag wurde gestern abend gegen 8 Uhr geschlossen.

Zwischen Estland und Sowjetrußland ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das die zollfreie Flößung russischen Holzes auf den estländischen Flüssen regelt.

Die überwiegende Mehrheit der Düsseldorfer Metallarbeiter ist gestern in den Streik getreten.

Das ungarische Kabinett Bethlen hat demissioniert.

Sitzung des Reichskabinetts.

Gegen Gerüchte und Kombinationen.

W. T. B. teilt mit: Das Reichskabinett, das gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammentrat, behandelte die schwebenden Fragen der Reparationsverhandlungen und der Kreditaktion der Industrie; an den Beratungen nahmen neben den Ministern die Staatssekretäre der verhandelnden Ressorts teil. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen nachmittag fortgesetzt. Ueber die Besprechungen mit der Reparationskommission gehen in der Presse die verschiedensten Gerüchte um. Es wird festgestellt, daß alle Mitteilungen über die Verhandlungen auf Kombinationen beruhen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. So lange die Verhandlungen dauern, können amtliche Erklärungen darüber aus Gründen des Staatsinteresses nicht erfolgen. Alsbald nach Abschluß der Beratungen wird ihr Ergebnis bekannt gegeben werden. Gegebenenfalls wird die Regierung im Reichstag Mitteilung machen.

Bethlen demissioniert.

Die ungarische Krisis.

Budapest, 14. November. (W. T. B.)

Ministerpräsident Bethlen gab dem Reichsverweser die Demission der Regierung bekannt. Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

Ein neuer Handelsvertrag mit Amerika?

Amerikanische Vorschläge.

New-York, 14. November. (Funkspruch.)

„Associated Preß" meldet aus Washington: Die Veröffentlichung der Friedenspräklamation wird für Anfang nächster Woche erwartet. Es wird behauptet, Amerika würde bereit sein, Vorschläge Deutschlands entgegenzunehmen, durch welche der Handelsvertrag von 1919 ersetzt wird.

Deutschlands Zahlungsschwierigkeiten.

Eine verständige Stimme.

Paris, 14. November. (W. T. B.)

In der „Ere Nouvelle" schreibt Gaston Jeze zur Frage etwaiger deutscher Zahlungsschwierigkeiten, man könne davon überzeugt sein, daß die Anwendung von Gewalt zu nichts anderem führen werde, als zum Krieg und zum Bruch mit den Alliierten. Man müsse mit den Alliierten verhandeln, um sie dazu zu bringen, einzugreifen, damit die Krisis wirtschaftlich und finanziell in einem den berechtigten Interessen Frankreichs entsprechenden Sinne geregelt werde. Jede Sentimentalität müsse man beiseite lassen, denn es handle sich darum, eine Angelegenheit in Ruhe zu ordnen. England und die Vereinigten Staaten würden nicht beiseite stehen. Frankreich müsse geschickt und klug mit allen seinen Kräften der deutschen Demokratie helfen. Man dürfe nichts unternehmen, was ihre Konsolidierung verzögere. Davon hänge das Heil Frankreichs ab. Die finanzielle Wiedererhebung Frankreichs hänge vor allen Dingen und zuerst von seinen eigenen Anstrengungen und von der Zusammenarbeit mit seinen Alliierten ab. Gaston Jeze sagte ferner, jedes Land müsse leiden, wenn 65 Millionen kultivierte Menschen wirtschaftlich und finanziell in eine solche Lage versetzt würden, daß sie nicht normal produzieren und verbrauchen könnten. Diese Einschränkung der Produktion und des Verbrauchs sei allgemein. Die ganze Welt verspüre beim Kauf und Verkauf von Rohmaterialien und Fertigfabrikation den Ausschluß eines derartigen Absatzgebietes.

Kriegszustand in der Ukraine.

Riga, 14. November.

Die sowjetukrainische Regierung hat den Kriegszustand über die ganze Ukraine und den Belagerungszustand über die Stadt Kiew verhängt.

Arbeiterprotest bei Nollet.

Die Betriebsräte der Spandauer Werke bei der Militärkontrollkommission. — Die große Erregung unter der Arbeiterschaft. — Anerkennt Nollet die Gründe?

Die Vertreter des gesamten Betriebsrates des Werkes Spandau der Deutschen Werke A.-G. unter Führung des Vorsitzenden Lück, haben am gestrigen Montag im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Nollet verhandelt.

Bei der Besprechung war auch der englische General Inham zugegen. In der mehrstündigen Besprechung begründete der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates die Forderungen der Arbeitnehmer, die auf Zurückziehung der seit September 1921 gegen die Deutschen Werke A.-G. erlassenen Noten abzielten. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Erfüllung ihrer Forderungen bestehen würden. General Nollet versprach, die von den Arbeitnehmervertretern gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Botschafterkonferenz zu übermitteln, da er diese Gründe für Aufhebung der Noten durchaus würdige. Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob die alsbaldige Rücknahme der Noten durch die Botschafterkonferenz erfolgen wird.

Die Arbeiterschaft der Deutschen Werke verlangte in erster Reihe die Aufhebung der am 28. September d. J. dem Auswärtigen Amt von der Interalliierten Militärkontrollkommission übersandten Note, die besage, daß die Herstellung von Waffen und Munition in den ehemaligen Heereswerkstätten bis zum 1. April 1922 endgültig aufgegeben sein müsse. Ferner wurde auch seitens der Arbeiterschaft betont, daß die Forderungen der Interalliierten Kommission in den Reihen der deutschen Arbeiter deshalb als hinkends und unzutreffend empfunden würden, weil die deutsche Arbeiterschaft selbst bestrebt sei, die Herstellung von Kriegswaffen über das durch den Friedensvertrag bedingte und zulässige Maß zu verhindern. Die Vertreter der Arbeiterschaft der Deutschen Werke haben General Nollet bedeutet, daß das Verlangen der interalliierten Kommission die gesamte deutsche Arbeiterschaft in höchste Erregung versetzt habe, und daß man fest entschlossen sei, diese Maßnahme mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern, da hier das Wohl Zehntausender deutscher Arbeiterfamilien bedroht sei. Der anwesende Vertreter Englands will über die Aussprache der Regierung in London ausführlich Bericht erstatten.

England für den Abrüstungsvorschlag?

Heute spricht Balfour. — Japans Stellungnahme noch unklar.

Washington, 14. November. (E. E.)

Hier glaubt man, daß morgen ein entscheidender Tag in den Beratungen der Washingtoner Konferenz sein werde. Man erwartet nunmehr die Stellungnahme Englands und Japans, obgleich zur Stunde noch nicht sicher ist, ob die japanische und die englische Regierung bis dahin schon genaue Weisungen für das Verhalten ihrer Delegationen gegenüber den Vorschlägen des Staatssekretärs Hughes gegeben haben werden. Heute hat sich die erste Komission für die Beratungen der Seerüstungen aus den Führern der einzelnen Delegationen auf der Washingtoner Konferenz gebildet. Sie prüfte das Programm des Staatssekretärs und berichtete über das einzuschlagende Verfahren bei der Behandlung der Abrüstungsfragen. In gleicher Weise wird heute nachmittag in der Frage des fernen Ostens vorgegangen werden. In dieser zweiten Sitzung werden auch die Vertreter Belgiens, Chinas, der Niederlande und Portugals zugegen sein. Die von beiden Kommissionen beschlossenen Maßnahmen sollen dann in der morgigen Vollsitzung bestätigt werden.

Washington, 14. November. (W. T. B.)

Offiziell wird angekündigt, daß in der morgigen Sitzung der Konferenz Balfour eine Rede halten wird, in der er im Prinzip den amerikanischen Vorschlag, betreffend die Begrenzung der Rüstungen zur See, annehmen wird.

Paris, 14. November. (W. T. B.)

Wie Havas aus Washington mitteilt, wird angenommen, daß Staatssekretär Hughes nicht in der Lage sein werde, in der Frage des fernen Ostens und der des Stillen Ozeans einen ebenso klaren und bestimmten Plan wie hinsichtlich der Seerüstungen vorzubringen, da dort verwickelte und verschiedenartige Verhältnisse vorliegen.

Eine Erklärung Katos.

Zerstreute Befürchtungen?

Washington, 14. November. (E. E.)

Admiral Kato empfing die Vertreter der Presse und gab ihnen folgende Erklärung: Ich habe der Konferenz mit freundschaftlichem Geiste entgegengesehen und fand auch hier ein Gefühl freundschaftlicher Erwartung vor. Die Rüstungskosten sind eine drückende Last geworden, die die Produktionskraft der ganzen Welt zu lähmen droht. Japan freut sich mit den übrigen Staaten auf die Aussicht, diese Rüstungslasten zu erleichtern. Die Zivilisation soll den zu großen Rüstungen ein Ende machen — sonst würden die Rüstungen der Zivilisation ein Ende bereiten. Bisher hegte Japan gewisse Befürchtungen und mußte daher seinen Schiffsbau fortsetzen. Doch hatte seine Flotte stets defensiven Charakter. Es war niemals die Politik Japans, mit irgendeiner der beiden ersten Flotten der Welt zu wetteifern. **Ich bin glücklich in der Hoffnung, daß die von Japan gehegten Befürchtungen nunmehr zerstreut werden können, nachdem die Konferenz in einen offenen und freien Meinungsaustausch eingetreten ist.** Die öffentlichen Erklärungen des Staatssekretärs Hughes haben die Lage aufgehellt. Versicherungen von unserer Seite erübrigen sich. Die große Entfernung welche unsere beiden Ufer trennt, sowie die Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten an Naturreichtümern und Einnahmequellen machen Verpflichtungen unsererseits nutzlos, und zwischen Japan und den Vereinigten Staaten kann ein Abkommen abgeschlossen werden.

Japans unklare Haltung.

Um Manila und Honolulu.

Paris, 14. November. (W. T. B.)

Der Sonderberichterstatter des „New York Herald" in Washington, Louis Seibold, dessen Artikel über die Zustände in Japan kurz vor der Eröffnung der Washingtoner Konferenz eine gewisses Aufsehen erregt haben, teilt seinem Blatte unter anderem mit, von englischer Seite sei die Anregung gekommen, die maritimen Fragen einige Tage lang zurückzustellen, namentlich, wenn Japan ein wenig mehr Zeit zum Studium des Hughesschen Planes und zur Formulierung von Gegenvorschlägen zu haben wünsche. Von der Haltung der japanischen Delegation sagt Seibold, die Sachverständigen ließen durchblicken, daß ihre Gegenvorschläge bedeutend von denen des Staatssekretärs Hughes abweichen würden. Admiral Kato habe als Sprecher der Japaner die Vorschläge von Hughes als sehr bestimmt und logisch begrüßt, sich aber beeilt zu erklären, daß er nach dem vorläufigen Eindruck nicht auf die Politik der japanischen Regierung geschlossen werden dürfe. Der Korrespondent weist auf die Anwesenheit des japanischen Oppositionsführers im Parlament, Mashizuki, hin, der sich nicht als Mitglied der Delegation, sondern als Beobachter im Auftrage seiner Partei in Washington aufhalte; ein Umstand, der die Uneinigkeit zwischen den politischen Parteien Japans ins rechte Licht rücke. **Mashizuki habe erklärt, Japan könne die Vorschläge von Hughes nicht annehmen, wenn nicht gleichzeitig die Befestigungen im Stillen Ozean aufgegeben werden.** Nach Ansicht vieler amerikanischer Marineoffiziere, führt Seibold weiter, würde aber die Aufgabe der Befestigungen unter Umständen den Verlust der pazifischen Besitzungen der Vereinigten Staaten bedeuten. Unter den japanischen Zeitungskorrespondenten hat Seibold als vorherrschende Meinung festgestellt, daß Japan möglicherweise die Annahme der Hughesschen Vorschläge von einer Verständigung über die Befestigung der Befestigungen im Stillen Ozean abhängig machen werde. Die Befestigungen im Stillen Ozean, namentlich auf Manila und Honolulu, seien aber, wie der Korrespondent hinzufügt, Landbefestigungen, die als solche bei der Einschränkung der Landrüstungen zur Sprache kommen müßten.

Eine Reichsfürsorgekonferenz. Angesichts der ungeheuren, unerträglichen Not der Arbeits- und Invalidenämter, Witwen und Waisen und der Notwendigkeit des dringenden Ausbaus der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge sowie Förderung der Erwerbsbeschränkten, der Invaliden, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte ist, wie den P. P. N. mitgeteilt wird, zum 20. und 21. November, vormittags 9 Uhr, eine Reichsfürsorgekonferenz ins frühere Herrenhaus, Berlin W., Leipziger Straße 3, einberufen worden. Wertvolle Referate sind vorgesehen.

Eine Nachwahl in Frankreich. Bei einer Nachwahl in einem Wahlbezirk von Paris für den Gemeinderat erhielt im ersten Wahlgang der von den Kommunisten aufgestellte Kandidat Baina, der wegen der Meuterei bei der Schwarzen-Meer-Flotte Verurteilte, die höchste Stimmenzahl. Der nächstfolgende Kandidat ist der Sozialistisch-Radikale; es ist infolgedessen eine Stichwahl notwendig.

Amnestierung von 71 Kommunisten in Prag. Wie der Korrespondenz Simon aus Prag gemeldet wird, hat das tschechische Justizministerium 105 wegen Teilnahme an den